

Haushaltsrede des Vorsitzenden der CDU Stadtratsfraktion

Dr. Peter Uebel

zum Haushalt 2023 am 15.03.2023

-es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

sehr geehrte Damen und Herren,

Anfang Dezember letzten Jahres war die Verabschiedung des Haushaltes 2023 geplant. Heute ist der 15.März 2023. Das heißt, drei Monate später: Das sind drei Monate eingeschränkte Handlungsfähigkeit, drei Monate Ausgabenstopp und drei Monate Planungsunsicherheit.

War diese Verzögerung unumgänglich? Nein, das war sie nicht. Auf keinen Fall. Ich will zurückblicken auf den Dezember 2021. Nach mehreren damals vorhergehenden Schreiben der ADD mit der Aufforderung strukturelle Sparmaßnahmen zu entwickeln, hat meine Fraktion einen Antrag auf Einrichtung einer Haushaltskonsolidierungskommission bestehend aus Politik und Verwaltung eingebracht. Dieser Stadtrat hat dem Antrag entsprechend zugestimmt.

Was nicht folgte, war die Umsetzung. Die OB hat diese Kommission verhindert und Nachfragen ins Leere laufen lassen. Es kam, wie es kommen musste. Die ADD hat im November 22 bereits unmittelbar nach der Einbringung des Haushaltes durch den Kämmerer, die Zustimmung verweigert. Ein in Rheinland-Pfalz bisher einmaliger Vorgang. Danach erst wurde diese Kommission mit einjähriger Verspätung auf den Weg gebracht.

Meine Damen und Herren, hätten wir im Dezember 2021 eine gemeinsame Kommission eingesetzt und strukturelle Änderungen besprochen, dieses Fiasko wäre uns erspart geblieben. Deshalb muss ich an die Adresse der Oberbürgermeisterin sagen: Es ist sinnhaft, den Beschlüssen dieses Rates zu folgen, auch wenn sie von der CDU kommen.

Verantwortung der Politik

Es würde aber nicht den Erfordernissen gerecht werden, bei dieser Kritik zu verharren. Im Weiteren folgten dann die Bemühungen der Dezernate, auf die Schnelle Sparmaßnahmen vorzulegen. Mal mehr, mal weniger gelungen. Weitere kurz vorhandene Listen spielen bei der heutigen Diskussion keine Rolle.

Es war dann klar, dass die Fraktionen Verantwortung übernehmen müssen: das Heft des Handelns liebe Kolleginnen und Kollegen liegt bei uns.

So wurden in den letzten Monaten viele Gespräche geführt und Planungen auf den Weg gebracht. Das zeigt auch heute die Fülle der Anträge. Und ich selbst danke auch im Namen meiner Fraktion, für gute, kontroverse aber letztendlich zielorientierte Gespräche. Diese hatten nur einen Sinn: unsere Stadt handlungsfähig zu halten. So haben auch die beiden großen Fraktionen der CDU und SPD ihre Verantwortung wahrgenommen und den jetzt vorgelegten Entwurf, als Änderungsantrag eingebracht. Bei all den Gesprächen, die stattgefunden haben, stand nicht eine Parteiideologie im Vordergrund, sondern der feste Wille zu gestalten. Ich denke, dass ist auch jetzt ein gutes und starkes Signal- auch gegenüber Landesbehörden.

Dieser Änderungsantrag, den wir auf Grundlage der durch den Kämmerer vorgelegten Verbesserungsliste entworfen haben, versucht Gestaltungsmöglichkeiten zu erhalten. Es war uns auch klar, dass im Bereich Bildung, Jugend und Soziales keine wesentlichen Abstriche gemacht werden dürfen.

Das Verschieben von Investitionen im Bereich der Schulsanierungen schmerzt, zumal dadurch auch der Sanierungsstau weiter anwächst. Dennoch sehen wir dies als vertretbare Maßnahme in der jetzigen Gesamtlage.

Lassen Sie mich auf einzelne Punkte unseres Änderungsantrags eingehen:

Steuern und Gebühren

Seitens der Gebührenerhöhungen gibt es nur wenige Spielräume, die man sozialverträglich hätte nutzen können um bedeutsame Mehrerlöse zu generieren.

Auch im Bereich möglicher Steuermehreinnahmen, sind Grenzen gesetzt. Die Grundsteuer wurde im letzten Jahr zweistufig erhöht. Und Sie wissen, wie schwer wir uns angesichts der angespannten Finanzlage vieler Privathaushalte damit getan haben.

Eine Erhöhung der Gewerbesteuer wäre in der jetzigen gesamtwirtschaftlichen Situation sehr problematisch. Hier schließt sich die CDU den Ausführungen des Kämmerers an.

Die Einführung einer Bettensteuer ist angesichts der Rechtsprechung legitim und die Erhöhung der Vergnügungssteuer auch ein Steuerungselement. Wir befinden uns damit weiter im rechtlich zulässigen Bereich. Wir gehen bei beiden Steuerarten von Mehreinnahmen von rund 1,3 Mio Euro aus.

Jugend und Bildung

Eine große öffentliche Diskussion ist in den letzten Wochen zu den Themen Bibliotheken und soziale Einrichtungen entbrannt. In unserem Antrag haben wir hierzu ganz klar Stellung bezogen. Für uns ist die Bildung junger Menschen nicht verhandelbar. Wir haben Verantwortung für die, die am Anfang ihres Lebens stehen, die Stadtgesellschaft von morgen sein werden. Wir haben die Verantwortung, ihnen einen guten Start zu ermöglichen. Deshalb wird es mit uns keine Schließung von Stadtteilbibliotheken geben.

Genau solche Entscheidungen würden die Zukunft unserer Stadt in eine völlig verkehrte Richtung führen. Es ist ein breites, niedrighwelliges Bildungsangebot, welches im Stadtteil schnell erreichbar ist.

Analog dazu schlagen wir in unserem Antrag vor, die Musikschulgebühren in der jetzigen Satzung zu belassen.

Darüber stellen wir aber auch für das kommende Haushaltsjahr einen Prüfantrag zur aktualisierten Gebührenkalkulation. Dieser soll dann unter sozialverträglichen Gesichtspunkten umgesetzt werden.

Verwaltung und Ehrenamt

Im vorgelegten Antrag sind wir uns auch der beruflichen Qualifizierung der städtischen Mitarbeiter mit Fortbildungsmaßnahmen bewußt. Deshalb haben wir diese, in der Sparliste als unantastbar gesehen. Eine starke Verwaltung braucht starke Mitarbeiter. Sie sind das grundlegende Potential für die Verwaltung der Zukunft.

Neu aufgenommen haben wir Kürzungen im Bereich der Aufwandsentschädigungen für die Mitglieder des Stadtrates. Diese Entschädigungen wurden vor Jahren durch ein externes Gutachten in der Höhe festgelegt. Obwohl es im Laufe der Jahre auch bei gesteigener Sitzungsbelastung zu keiner Anhebung kam, schlagen wir jetzt eine Reduzierung einzelner Posten vor. So führt der Wegfall der Übernahme von Parkgebühren oder Übernahme von ÖPNV-Kosten, auch im Hinblick auf das Deutschlandticket, zu spürbaren Entlastungen. Diese schlagen mit rund 50T€ zu Buche. Dazu wird es im Weiteren einer Beschlussfassung zur Änderung der Hauptsatzung bedürfen.

Genauso schlagen wir Änderungen für die Ehrenringträger vor, die wir allerdings als zeitgemäße Ausgestaltung der Wertschätzung sehen. Wir denken, dass mit kostenlosen Eintritten in städtische Einrichtungen, wie Museum oder Tierpark, eine bessere Würdigung erzielt werden kann, denn mit der Übernahme von Parkplatzgebühren oder ÖPNV Tickets. Die Verwaltung wird hierbei mit der Erstellung einer entsprechenden Prüfung beauftragt.

Der sozialen Verantwortung gerecht werden

Im Bereich der sozialen Einrichtungen war es uns wichtig, die Straßensozialarbeit in Mundenheim genau so zu erhalten, wie das „Quartier sozialer Zusammenhalt“ im Hemshof. Die Abschaffung des Sozialtickets soll von der Verbesserungsliste gestrichen werden. Mobilität muss nach unserer Auffassung auch für Menschen mit schmalen Geldbeutel möglich sein.

Zum Sleep Inn: Eine Schließung des Sleep Inn lehnen wir grundsätzlich ab. Es stellt im gesamten Bereich der Drogenhilfe eine wesentliche Hilfseinrichtung dar. Das wir uns in naher Zukunft grundsätzliche Gedanken über die marode Immobilie machen müssen, bleibt unbenommen, es stellt allerdings nicht das Projekt an sich in Frage.

Auch als jemand, der selbst aus der Sozialpolitik kommt, weiß ich wie wichtig die Sozialarbeit gerade im Bereich der Drogen- und Alkoholabhängigkeit ist. Und ich möchte die auch hier entbrannte öffentliche Diskussion nochmals zum Anlass nehmen, um auf die massiv gestiegene Zahl der Drogenkonsumenten und des Drogenhandels am Berliner Platz bzw. der südlichen Ludwigsstraße hinzuweisen. Nach Berichten der dort ansässigen Gewerbetreibenden und nach eigenen Beobachtungen, haben wir dort mittlerweile ein dramatisches Ausmaß erreicht. Wir erachten es für notwendig, dass dringend eine konzertierte Aktion mit Drogenberatung, Ordnungsamt und Polizei hier wieder für klare Verhältnisse sorgt.

Kultur und Sportstätten erhalten

Im Rahmen der Sparmaßnahmen müssen wir auch im Bereich der privaten Kulturförderung sehr kritisch und mit Augenmaß Maßnahmen einleiten. Wichtig war es uns hierbei, keinen der Kulturschaffenden existenziell zu bedrohen. So haben wir jeden einzelnen Zuschuss genau angeschaut und die Sparmöglichkeiten ausgelotet. Wir sehen hier ein Sparpotential von knapp 50T€. Wichtig bleibt, dass Ludwigshafen, weiter eine Stadt der Kultur ist und mit Leuchtturmprojekten weit über die Grenzen der Stadt hinaus, Menschen begeistern kann.

Die Einsparungen in der optischen Grünpflege der Sportanlagen ist sicher nicht schön. Wir alle hätten uns da anderes gewünscht. Dennoch können wir diese Maßnahmen kurzfristig durchführen ohne qualitative Einbußen für den Sportbetrieb der Vereine oder Schulen. Das war uns hierbei wichtig.

Wir haben uns ebenso sehr kritisch mit den Saisonöffnungszeiten des Willersinnbades auseinandergesetzt. Die Einsparargumente einer verkürzten Saison sind hinreichend bekannt. Wir sehen aber auch die Bedeutung als Freizeit- und Sportanlage. Deshalb beantragen wir, sozusagen als

Kompromissvorschlag, eine viermonatige Öffnungszeit, so wie in unserer Vorlage genannt, von Mitte Mai bis Mitte September.

Meine Damen und Herren,

Ich denke der erarbeitete und vorgelegte Antrag ist ausgewogen und wird den Erfordernissen gerecht. Insbesondere im Hinblick auf die Genehmigungen der ADD.

Und ich möchte werben auch bei den anderen Fraktionen, diesem Antrag zuzustimmen. Auch wenn sie an der einen oder anderen Stelle einen anderen Schwerpunkt gesetzt hätten. Ich sehe eine große Gefahr, dass wir uns sonst im Laufe dieser Sitzung verzetteln und in einzelnen Positionen kontrovers scheitern. Und ja, ich denke, wir sind uns alle bewusst, dass jeder einzelne Punkt der Sparliste mit Einschränkungen verbunden ist.

Masterplan der Stadtentwicklung

Meine Damen und Herren,

zeitgleich mit der Verabschiedung des Haushaltes 2023 müssen wir uns jetzt mit den Herausforderungen weiterer zukünftiger Haushaltsplanungen beschäftigen. Die Konsolidierungskommission, die sich aus den Teilbereichen der einzelnen Fachdezernate herausbildet, hat die Aufgabe umfängliche Sparkonzepte zu erarbeiten. Ich denke, dass ist so ein guter Handlungsweg, den der Kämmerer und die Dezernenten hier besprochen haben. Politik und Verwaltung haben jetzt nicht nur bittere Entscheidungen zu treffen, sondern wir haben auch Gestaltungsmöglichkeiten.

Dabei stellt sich die Frage: wie soll Ludwigshafen in 10, 20 oder 30 Jahren aussehen. Dazu brauchen wir einen Masterplan. In meinen Augen ist übrigens der Stadtentwicklungsausschuss, wenn er richtig genutzt wird, einer der wichtigsten Ausschüsse, die diese Stadt hat.

Die Entwicklung eines solchen Masterplans kann nur gemeinsam mit dem Sachverstand der Verwaltung und der politischen Einschätzung der Fraktionen gelingen. Deshalb auch mein Appell an die anwesenden Mitglieder des

Stadtvorstandes: Lassen Sie uns gemeinsam, Stadtvorstand und Politik diese Gestaltung angehen. Was wir nicht brauchen, sind Alleingänge.

Eine große Angst, auch durch unnötige Diskussionen der letzten Wochen verstärkt, betrifft den Abbau von Arbeitsplätzen in der Verwaltung. Hier kann ich für die CDU-Fraktion klar sagen: mit uns wird es keinen Abbau geben. Wir werden froh sein, wenn durch die demographische Entwicklung ausreichend Mitarbeiter vorhanden sind. Es ist auch gut zu lesen, dass im Grundsatzpapier der Verwaltung endlich wieder die von Alt-OB Eva Lohse auf den Weg gebrachte „neue Ressourcensteuerung“ in den Fokus weiterer Planungen gestellt wird. Wir brauchen hier klare Vorgaben.

Parallel dazu muß die Digitalisierung voranschreiten. Und bitte keine Illusionen: Die Digitalisierung wird Geld kosten, viel Geld. Deshalb müssen wir in den nächsten Jahren hierfür ausreichende Mittel zur Verfügung stellen.

Wir werden in den nächsten Monaten auch viele Projekte hinterfragen- in allen Bereichen. Bei manchen Leistungen müssen wir auch überlegen, ob das andere nicht genauso gut aber kostengünstiger hinbekommen. Wir müssen verkrustete Strukturen aufbrechen und auch den Mut haben, neue Wege zu gehen.

Die CDU-Fraktion sieht heute zwei wesentliche Themen im Fokus

1. Die Verabschiedung des Haushaltes 2023 und
2. Die Konsolidierungskommission weiter auf den Weg zu bringen.

Meine Damen und Herren, unser grundsätzliches Problem bleibt aber trotz aller Sparbemühungen eine chronische kommunale Unterfinanzierung. Die uns auferlegten Aufgaben, vor allem im Bereich Soziales und Jugend, überschreiten bei weitem, die uns zur Verfügung stehenden Mittel. Steuer und Abgaben haben nicht das Potential in großem Maß Mehreinnahmen zu generieren. Unsere Sozialstruktur befindet sich in einer Schieflage: viele Transferleistungsempfänger, hohe Verschuldung von Privathaushalten und eine

zu hohe Sockelarbeitslosigkeit. Dazu kommen Aufgaben, die eine Großstadt erbringen muss: Schul- und Kitabau, Vorhalten von Kultur- und Sporteinrichtungen, Straßenbau, Gesundheitsversorgung, soziale Dienstleistungen und und und. Die Aufzählung läßt sich beliebig fortsetzen. Genau deshalb werden wir die Landesregierung nicht aus ihrer Verantwortung für die Städte in Rheinland-Pfalz entlassen. Die Altschuldenübernahme ist sicher eine sehr gute Entwicklung. Wir brauchen aber weiter eine ausreichende Ausstattung, um genau dies alles leisten und erhalten zu können. Bei allen Sparmaßnahmen müssen wir die Menschen dieser Stadt im Blick haben. Wir müssen uns hier wohlfühlen, Stadtleben muss funktionieren und Ludwigshafen muß attraktiv sein. Lassen Sie uns endlich aufhören, diese Stadt schlecht oder hässlich zu reden.

Wir danken allen, die in den verschiedenen Dezernaten und auch politischen Gremien an der Entstehung dieses Haushaltes beteiligt waren. Die CDU wird unter Berücksichtigung des vorgelegten Änderungsantrages dem Haushalt mit seinen Änderungslisten zustimmen.